

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshof, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Böttcher, Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 297

Interatenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Obergelbühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Samstag, den 19. Dezember

Erscheint wöchentlich 8 mal
Gratisbeilagen „Zeitungsführer im Wochenbild“
„Landmanns Sonntagsblatt“ „Herb und Scholle“
— „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“ —

1931

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Preussische Landtag lehnte den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen den preussischen Finanzminister Dr. Klepper ab.

* Die bekannte Maschinenfabrik A. Vorßig & Co. m. b. H. in Berlin-Tegel hat ihre Zahlungen eingestellt.

* Der bekannte amerikanische Verbrecherkönig Jack Diamond ist bei einem Gelage erschossen worden.

Klippen im Kurs.

Bizackbewegungen. — Gleiche Waffen. Weihnachtsarbeiten in Basel und Berlin.

Zwischen den dichten Nissen des Korallenmeeres hindurchzuflutern muß ja geradezu eine leichte Mühe gegenüber der Navigationsarbeit sein, die von dem Führer des deutschen Staatschiffes verlangt wird. Überall drohen die politischen, wirtschaftlichen, parlamentarischen, sozialpolitischen Klippen und zu diesen innenpolitischen Gefahren kommen von draußen her auch noch die Stürme in der Weltpolitik. Daß dadurch der Kurs des Schiffes die merkwürdigsten Bizackbewegungen aufweist, ist deshalb eigentlich — gar nicht merkwürdig; höchstens darf man sich darüber wundern, daß sich Dr. Brüning noch nicht festgesetzt hat. Jetzt hat er sich wieder an der Spitze einer ihm unerwünschten vorzeitigen Einberufung des Reichstages vorbeigelegt und scheint für ein paar Wochen wenigstens von der parteipolitisch-parlamentarischen Seite her vor Gefahren ziemlich sicher zu sein und fürs erste freiere Fahrt zu haben. Die Sozialdemokratie hat ihm den Weg freigemacht. Leicht ist es ihr nicht geworden, durch weitere Forderung des Kabinetts die Mitverantwortung auch für diese schwersten aller Notverordnungen zu übernehmen. Durch den Kampfsruf Brünings gegen Hitler hat sich jedoch die Fraktion der SPD. für den Standpunkt gewinnen lassen, daß der Kampf gegen Hitler für sie wichtiger sei als der gegen die Notverordnung. Die Ablehnung des Antrages, den Reichstag sofort unter der Parole: Beseitigung der letzten Notverordnung! zusammenzutreten zu lassen, führte aber nur dazu, daß die Notverordneten Bestimmungen nicht bloß Rechtskraft besitzen, sondern in den nächsten Tagen und Wochen auch ihre Wirkungskraft im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben des deutschen Volkes bis in die äußersten Ecken und Winkel hinein betätigen werden. Sie trempeln uns alle um und um. Wenn also wirklich später einmal sich ein Reichstag finden sollte, der die letzte Notverordnung nebst ihren noch viel umfangreicheren Ausführungsbestimmungen wieder aufzuheben entschlossen wäre, so würde er sich sichtlich vor eine ganz gewaltige Aufgabe gestellt sehen. Eine Rückwärtsrevision oder gar eine radikale Beseitigung all der Bestimmungen einschließlich ihrer bereits eingetretenen rechtlichen Folgen würde ungeheuer schwierig sein.

Ein „glückhaft“ Schiff“ ist's also nicht, an dessen Steuer Dr. Brüning steht und das uns alle trägt. Und man ist ja nun sehr eifrig dabei, die Einrichtung dieses Schiffes notverordnend ganz und gar umzugestalten. Das Ziel dabei heißt nun wieder einmal: Allgemeine Einschränkung. Möglichst viel von dem schädlichen Ballast, der die Fahrt hemmt und gefährdet, soll über Bord gehen, aber darunter befinden sich doch auch zahlreiche private Rechte. Sieht man nach England, so erblickt man dort Ähnliches. Aber wir sollen und wollen doch immer aufs neue versuchen, dem Zwange zu entgehen, daß auch wir unseren Währungswinkel sozusagen auf Halbmaße setzen oder gar an seine Stelle die unheimliche Fährne der Inflation hochziehen müssen. Das wäre nur ein Signal für ein furchtbares „Nette sich, wer kann!“ Wenn die Notverordnung daher die beiden Voraussetzungen der Währungsverbesserung anstrebt und erfüllen will, also den Ausgleich des Reichshaushalts und die möglichst weitgehende Erhaltung unseres Ausfuhrhandels durch Angleichung der deutschen Warenpreise an die des Weltmarktes, so sind die äußeren Mittel zur Erreichung dieses Zieles sicherlich noch nicht erschöpft. Wir können uns mit denselben Waffen wehren, die ein großer Teil der Welt gegen uns anwendet, besonders gegen unsere Ausfuhr. Bisher waren wir sehr zurückhaltend damit. Aber wir haben bereits im November schwer genug die Errichtung der neuen großen Hindernisse für unseren Export gespürt und das wird sich bis Jahreschluß noch erheblich gesteigert haben. Wenn die Völker sich immer mehr voneinander abschließen, so können auch wir — und zwar durchaus nicht ohne sehr merkbare Wirkung für die andern — unsere Türen für die andern weniger weit offen halten.

„Wenn der deutsche Handel zusammenbrechen würde, so würden die Rohstoffe- und die Lebensmittelpreise in der ganzen Welt folgen.“ Der das sagte, war kein Deutscher, war also nicht ein Mann, der die Rückwirkung des eigenen Zusammenbruchs auf die ganze Welt vielleicht überschätzen würde. Der das sagte, war ein Vollblutamerikaner, war der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Washington, Stimson. Nüchtern sprach er nur von Wirklichkeiten und keinerlei Zu- oder Abneigung diktierte ihm seine Worte. Ob auch in Basel bei der Young-Plan-Kommission, ob auch in Berlin beim Stillschaltensusschuss lediglich dieser nüchternen Wirklichkeitssinn die Beratungen und Entscheidungen lenkt und lenken wird, wenn man dort bis tief in die Weihnachtswoche hinein zu-

Sie Tribute! Sie Schulden!

Der Angelpunkt der Wirtschaftskrise.

England gegen halbe Maßnahmen.

Eine eingehende Inhaltsangabe der englischen Note über die Tribute und kurzfristigen Verpflichtungen, die der französischen Regierung übermittelt worden war, wird von besonders unterrichteter französischer Seite gegeben. Ihr zufolge legt die Note die allgemeinen Grundsätze für die kommenden Verhandlungen dar. Einzelheiten sollen dem Sachverständigenausschuss in Basel überlassen werden. Die Note gibt eine Übersicht über die Auswirkungen der Tribute und Kriegsschulden, die als hauptsächlichste Ursache der Wirtschaftskrise bezeichnet werden. Ihre völlige Beseitigung oder doch Milderung sei das wirksamste und schnellste Mittel zur Behebung der Krise. Die Lage Deutschlands sei der Angelpunkt der Krise. Mit den bekannten Gründen wird dann ausgeführt, warum es Deutschland ermöglicht werden müsse, seine kurzfristigen Verpflichtungen zu erfüllen. Dabei wird der Wiggins-Lanton-Bericht eingehend zitiert.

Bei der Erörterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands erklärt die englische Regierung, Frankreich müsse berücksichtigen, daß Deutschland während der letzten Jahre von England am Leben erhalten und so in die Lage versetzt wurde, die Tribute hauptsächlich aus englischen Anleihen zu bezahlen, während gleichzeitig die englische Politik der offenen Tür eine günstige deutsche Handelsbilanz ermöglicht habe. Frankreich habe also einen großen Teil seiner Tribute mittelbar aus England erhalten.

Weiter wird festgestellt, daß die Fragen der Kriegsschulden und Tribute dringend seien, daß eine klare und endgültige Regelung erreicht werden müsse und daß zeitweilige und halbe Maßnahmen nicht in Frage kämen. Der Ton der Note ist durchaus freundschaftlich. Die englische Note wird in der Pariser Presse als erster Schritt zu der erhofften Verständigung mit England über eine befriedigende Lösung der finanziellen Fragen bezeichnet. Im übrigen deckt sich der Inhalt mit den aus London darüber verbreiteten Berichten. Die Note ist den Sachverständigen des französischen Finanzministeriums zur eingehenden Prüfung zugeleitet worden.

sammenbleibt? „Die Geschichte Deutschlands rechtfertigt das Vertrauen zum Charakter des deutschen Volkes, zu seiner industriellen Leistungsfähigkeit und Zukunft.“ Auch dieses Wort Stimson's sollte in Basel und Berlin Echo und — Gehör finden! Und einen dritten Satz seiner Rede möchte man mahnend wiederholen, weil dieser selbst eine Mahnung und nicht bloß eine Feststellung ist: „Bei den internationalen Schulden kann man keine anderen Sanktionen anwenden als die moralische Macht; man kann keinen Gerichtsbeamten hinschicken, um die Schulden einzulassieren.“ Gegen wen allein sich diese Mahnung richten kann, gegen welche, auch jetzt wieder auftauchenden Wünsche oder Drohungen mit „Sanktionen“, — das wissen wir in Deutschland nur allzu gut aus bitterster Erfahrung. Noch ist diese Klippe nicht sichtbar, noch droht keine Gefahr von ihr. Aber nach ihr rechtzeitig Ausschau zu halten, ist Pflicht dessen, der unser Steuer in seinen Händen hält. Hoffen wir aber, daß es bereits der „Weihnachtsarbeit“ in Berlin und Basel gelingen wird, mit dem Sprengpulver des nüchternen Wirklichkeitssinns und der wirtschaftlich praktischen Vernunft diese noch unterseeische Klippe aus dem Fahrwasser zu beseitigen, ehe sie nicht bloß das deutsche Schiff, sondern das viel größere der Weltwirtschaft zum Scheitern bringen könnte. Dr. Pr.

Kurze politische Nachrichten.

Die dritte englische Zollverordnung betrifft wiederum eine sehr große Anzahl deutscher Waren, nachdem die beiden ersten Verordnungen bereits Ausfuhr im Werte von 170—180 Millionen Mark erfasst hatten. Das sind etwa 15 Prozent der deutschen Gesamtausfuhr nach England. Die Erwägungen der deutschen Regierung über Schritte, die angesichts dieser Verhältnisse zu tun seien, sind noch nicht abgeschlossen.

Die Landeskriminalpolizei in Schneidemühl hat in den letzten Tagen eine umfassende Aktion gegen die S. A.-Abteilung unternommen und eine eingehende Kontrolle der S. A.-Heime in verschiedenen Orten der Provinz Grenzmark durchgeführt. In Schneidemühl verhaftete sie 26 S. A.-Leute. Sie wurden nach der Vernehmung entlassen. Das Material wird dem Oberstaatsanwalt zugeleitet.

Der Unterrichtsausschuss des Preussischen Landtages hatte zu der Sitzung, in der über den Antrag, den geplanten Abbau von 7000 Lehrstellen auf höchstens 5000 einzuschränken und den Abbau frühestens bis zum April 1933 durchzuführen, weiter beraten werden sollte, die beteiligten Minister des Kultus, der Finanzen und des Innern eingeladen. Die Minister

Muß es zur Regierungskonferenz kommen?

Der Endlampt im V. B. Ausschuss.

Die Berichte, die die beiden Unterausschüsse für Statistik und für den deutschen Reichshaushalt der Vollversammlung des Sonderausschusses in Basel erstattet haben, lassen erkennen, daß es unmöglich ist, entsprechend dem Wunsch Frankreichs die ganze Prüfung der Lage Deutschlands und der Geldkrise mit einem kurzen Bericht abzutun und alles andere in den verschiedenen Anhängen zu dem Gutachten zu verstecken. Die Berichte über die Verschuldung, den Reichshaushalt und die deutsche Reichsbank bilden einen integrierenden Bestandteil des Gutachtens, und, um eine ausführliche Darlegung dieser Fragenbereiche, zu dem noch die Reichsbank gehört, kommt der Sonderausschuss nicht herum. Dies entspricht auch der englischen Auffassung und der der Neutralen. Das Tatsachenmaterial spricht eine deutliche Sprache.

Aus dem ganzen jetzt schon vorliegenden Material, das die Hauptteile des Gutachtens bildet, geht mit Deutlichkeit hervor, daß auch auf der kommenden Regierungskonferenz die Streitfrage fast ausschließlich zwischen Deutschland und Frankreich auszutragen sein wird, besonders da Amerika schon hat erklären lassen, es werde nur als Beobachter auftreten. Eine einfache Erklärung der verschiedenen an den Tributen beteiligten Regierungen aber könnte auf Grund der unparteiischen Untersuchungen des Sonderausschusses gerade in der heutigen Zeit der notwendigen Ersparnisse den Riesenapparat einer solchen Konferenz überflüssig machen.

Amerika streicht keine Schulden.

Das Hoover-Moratorium angenommen.

Der Ausschuss des Repräsentantenhauses hat das Hoover-Moratorium angenommen und zugleich eine Entscheidung, in der es heißt:

Hiermit wird ausdrücklich erklärt, daß es der Politik des Kongresses zuwiderläuft, daß irgendwelche Schuldverpflichtungen auswärtiger Länder an die Vereinigten Staaten irgendwie gestrichen oder herabgesetzt werden.

In dieser Entscheidung darf nichts als Anzeichen einer gegenseitigen Politik gedeutet oder als Ausdruck dafür aufgefaßt werden, daß man zu irgendeiner Zeit einen Wechsel dieser Politik in wohlwollende Erwägung ziehen würde.

waren jedoch nicht erschienen. Es wurde beantragt, die nochmalige Ladung der drei Minister zu einer Ausschusssitzung, die möglichst bald nach Neujahr stattfinden soll. Nach Annahme dieses Antrages vertagte sich der Ausschuss.

Preußens Sparmassnahmen.

150 Millionen müssen durch Notverordnung gedeckt werden.

Das preussische Kabinett trat zusammen, um die Beratungen über die geplante Sparnotverordnung abzuschließen. Es ist damit zu rechnen, daß die Verordnung und deren Ausführungsbestimmungen bis spätestens Montag nächster Woche veröffentlicht sein werden.

Durch die Notverordnung sollen im preussischen Haushalt rund 150 Millionen gedeckt werden. Der Entwurf der Notverordnung hat in den letzten Tagen noch erhebliche Umgestaltungen erfahren. Die technischen und politischen Schwierigkeiten, in verhältnismäßig kurzer Zeit

60 Landkreise und 175 Amtsgerichte

zu bezeichnen, deren Fortfall geplant ist, werden dazu führen, daß man den Ressortministern nur eine allgemeine Ermächtigung gibt, in ihrem Bereich einen bestimmten Betrag einzusparen und zu diesem Zweck die erforderlichen Behördenzusammenlegungen oder Aufhebungen vorzunehmen.

In den Einzelheiten fester umrissen ist bis jetzt nur das Programm der

kulturpolitischen Ersparnisse.

Von den 15 pädagogischen Akademien in Preußen werden nur sechs erhalten bleiben, und zwar die katholischen in Bentzen und Bonn sowie die Akademien in Frankfurt am Main, Dormund, Elbing und Halle oder Breslau. Wegen der reichsgefehligen Schwierigkeiten ist der Plan gefallen, das Pensionsalter von 65 auf 62 oder 63 Jahre herabzusetzen.

Das Projekt der Schlachtsteuer beabsichtigt das Kabinett, soweit bisher verlautet, vorläufig nicht zu verwirklichen.

Die preussische Notverordnung.

Die abschließende Sitzung des preussischen Kabinetts zur preussischen Notverordnung ist beendet. Über die Beschlüsse wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Die Verordnung wird bis zum Mittwoch veröffentlicht werden. — Für Montag ist eine Pressebesprechung bei Finanzminister Dr. Klepper in Aussicht genommen worden.

Gröner und die Zeitungen.

Wozu sind die Zeitungsverbote da?

Der Reichsminister des Innern hat den obersten Reichs- und Landesbehörden für die Handhabung der Verordnungen des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen Richtlinien mitgeteilt, in denen u. a. folgendes bestimmt wird:

Vor dem Erlass jedes Verbots einer periodischen Druckschrift ist nicht nur zu prüfen, ob das Verbot auf Grund der Bestimmungen der Notverordnung rechtlich zulässig ist, sondern es ist in jedem Einzelfall auch zu erwägen, ob das Verbot im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und damit im Staatsinteresse unbedingt notwendig ist. Insbesondere sind Verbote nicht deshalb zu erlassen oder auf besonders lange Dauer zu erstrecken, weil eine periodische Druckschrift die Forderungen einer Oppositionspartei vertritt.

Bei Prüfung der Frage, wann die Schreibweise

die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet, ist insbesondere folgendes zu beachten: Falsche Nachrichten, die geeignet sind, die Bevölkerung in Erregung zu versetzen, gefährden die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Dasselbe gilt für alarmierende Sensationsnachrichten, oder Schlagzeilen, die die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen zur Befriedung der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Verhältnisse empfindlich durchkreuzen.

Die Zeitungsverbote sind dazu da, um die labile Stimmung der Bevölkerung nicht durch verantwortungslos Aufreizung, vor allem nicht durch alarmierende, einseitig gefärbte und zur Aufhebung geeignete Zeitungsberichte und Nachrichten aufzuheben zu lassen.

Wo bleibt die Senkung der Postgebühren?

In Kreisen des Handels ist dadurch Enttäuschung und Beunruhigung entstanden, daß im Zusammenhang mit der Notverordnung vom 8. Dezember die bestimmte erwartete Senkung der Postgebühren nicht zur Durchführung gelangt ist. Während sowohl die Eisenbahntarife ebenso wie andere wichtige öffentliche Tarife zum Teil sehr weitgehend gesenkt worden sind, ist irgendeine Zusage über eine Herabsetzung der Gebühren der Reichspost bisher nicht erfolgt. Anlässlich der bevorstehenden Beratungen des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost hat der Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels e. V. noch einmal Veranlassung genommen, den Reichspostminister und den Reichskanzler auf die Notwendigkeit einer fühlbaren Herabsetzung der Postgebühren der Deutschen Reichspost hinzuweisen.

Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Reichspost hat über die Auswirkungen der Notverordnung auf die Reichspost und die Möglichkeit einer Senkung der Postgebühren beraten. Er vertritt die Auffassung, daß eine Senkung der Postgebühren in dem auch von der Wirtschaft geforderten Umfang möglich ist, wenn der Ertrag der durch die Notverordnungen bedingten Einsparungen in vollem Umfang der Reichspost verbleibt.

Die Verwendung der Einsparungen für die Reichspost sei notwendig, um die Herabsetzung der Gebühren durchzuführen, die Leistungsfähigkeit der Reichspost zu erhöhen und soziale Härten auszugleichen.

Die Senkung der Kleinhandelspreise für Kohle.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat nunmehr, wie amtlich mitgeteilt wird, auch die Senkung der durch Händlerartikelle festgesetzten Kleinhandelspreise für Steinkohle, Braunkohle, Brechkohle und Koks in Angriff genommen und eine Bekanntmachung über die Senkung der gebundenen Preise des Kohleneinzelhandels vom 16. Dezember 1931 erlassen. Er hat von der Festlegung von Höchstpreisen Abstand genommen und will die Preisentwertung unter Mitwirkung der Verbände durchführen. Die Bekanntmachung sieht vor, daß die Verbände des Kohleneinzelhandels bis zum 1. Januar 1932 neue Preisbeschlüsse zu fassen haben, und daß die neu festzusetzenden Preise einmal der Senkung der Preise der Kohlenhandlats und der Fracht voll Rechnung tragen müssen, und ferner nur Handelskassan enthalten dürfen, deren Betrag um 15 Prozent gegenüber der bisherigen gesenkt ist. Auch Zuschläge, die etwa für bestimmte Arten der Lieferung oder für zusätzliche Leistungen festgesetzt werden, sind um 15 Prozent zu senken.

Sollten sich die Verbände des Kohlenhandels dieser Mitwirkung entziehen und die von ihnen festgesetzten Kleinverkaufspreise nicht dieser Anordnung entsprechend senken, so fallen die Verpflichtungen aus den Kartellverträgen fort, und der einzelne Kohlenhändler ist alsdann in seiner Preisstellung frei.

Senkung der Elektrizitätstarife.

Verhandlungen des Reichskommissars Girdeler.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Girdeler, verhandelte mit den Vertretern der öffentlichen und privaten Elektrizitätswerke über die Frage der Tarifsenkung. Bei den Besprechungen zeigte sich allgemein die Bereitwilligkeit, alle jetzt eintretenden Ersparnisse im Rahmen des wirtschaftlich und finanziell Vertretbaren dem letzten Konsumenten zugute zu bringen. Die weiteren Maßnahmen sollen sich nach den besonderen örtlichen Verhältnissen richten; sie werden von dem Reichskommissar überwacht werden.

Das Sonderkündigungsrecht.

Beschluß des Reichskabinetts.

Amtlich wird mitgeteilt: Nach der neuen Notverordnung haben die Mieter von Wohn- und Geschäftsräumen das Recht, einen über den 31. März 1932 hinaus laufenden Mietvertrag vorzeitig zu diesem Termin zu kündigen.

Der Mieter kann aber nicht kündigen, wenn er sich mit dem Vermieter im Jahre 1931 auf eine Ermäßigung des Mietzinses um mindestens 20 Prozent geeinigt hat oder noch einigt. Von verschiedenen Seiten ist gewünscht worden, dem Hauseigentümer zu ermöglichen, die Kündigung schon durch das bloße Angebot einer 20prozentigen Ermäßigung abzuwenden. Das Reichskabinett hat die Angelegenheit erneut erörtert, jedoch von der angeregten Maßnahme abgesehen.

Die hiervon unabhängigen Durchführungsbestimmungen zu den Kündigungsbestimmungen werden beschleunigt vorbereitet.

Die Sicherheit in den Gruben

Dr. Klepper bleibt.

Abgelehnter Mißtrauensantrag im Preussischen Landtag.

(266. Sitzung.)

tt. Berlin, 18. Dezember.

Der Preussische Landtag berät die sozialdemokratische Große Anfrage über

die Schlagwetterexplosion auf der Zeche Mont Cenis (Ruhrgebiet).

Abg. Otter (Soz.) begründet die Anfrage, in der die Klagerung um Auskunft ersucht wird, ob sie bereit sei, zu prüfen, ob das Antreibesystem dieses Unfalls mit verschuldet habe, ob Schlagwetter oder Kohlenstaub den Nährboden für diese Explosion gegeben haben und durch welchen Vorgang die Explosion eingeleitet worden sei.

In Beantwortung der Großen Anfrage gibt der Leiter des preussischen Grubensicherheitswesens, Ministerialrat Mothert, einen Bericht über das Unglück, das am 19. Oktober sich ereignete und 17 Todesopfer forderte. Die Ursache der Explosion sei die Entzündung von Schlagwettern durch den Glühfaden einer zertrümmerten elektrischen Birne gewesen. Ein Stein müsse die Lampe so unglücklich getroffen haben, daß Schutzglas und Birne zerstört wurden, nicht aber der Metallfaden. Infolgedessen glühte der Faden in der Luft weiter, bevor er durchschmolz, und entzündete die Schlagwetter. Das Rettungswerk sei mit anerkennender Schnelligkeit und Umsicht und mit großem Opfermut durchgeführt worden. Trotz eingehender Untersuchungen hätten sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Sicherheit vernachlässigt oder das Betriebs tempo überpannt worden sei.

In der Aussprache fordert Abg. Martin (Dtn.) genaue Nachprüfung der von den sozialdemokratischen Redner vorgebrachten Mitteilungen über ein angeblich herrschendes Antreibesystem. Würden sie sich als wahr erweisen, dann würden auch die Deutschnationalen ein solches Vorgehen gegen die Bergarbeiter verurteilen. Die eingehenden Untersuchungen hätten ergeben, daß weder ein Verschulden der Grubenverwaltung noch der Bergbehörde an dem Verunglück vorliege.

Abg. Langer-Oberhausen (D. Vp.) erklärt, daß es selten möglich gewesen sei, die Ursache eines Grubenunglücks so gut aufzuklären wie im vorliegenden Falle. Danach könne mit Genugtuung festgestellt werden, daß weder die Grubenverwaltung noch die Bergbehörde eine Schuld treffe.

Abg. Harich (Ztr.) ist der Ansicht, daß die elektrische Lampe im Bergbau doch nicht die Sicherheit biete, die man von ihr erwartet habe. Auch das Zentrum habe eine Menge Material bekommen, das das Vorhandensein eines Antreibesystems im Bergbau bewelse. Die Weiterberatung wird zur

Vornahme von Abstimmungen

unterbrochen. In namentlicher Abstimmung lehnt der Landtag den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen Finanzminister Dr. Klepper mit 217 Stimmen der Regierungsparteien gegen 177 Stimmen der Opposition ab.

Angenommen wird dagegen in einfacher Abstimmung der gemeinsame Antrag der Deutschnationalen, des Landvolks und der Nationalsozialisten auf Einsetzung eines Unter-

Okales und Provinzialles.

Salver, den 19. Dezember 1931.

Adventsliche.

Phil. 4, 5: Eure Ständigkeit laßt und sein allen Menschen.

Die letzte Vorbereitung zum Weihnachtsfest ist überall im Gange. Die Herzen bewegt immer mehr das Fragen: Wie kann ich noch eine Liebe bereiten? Viele können nichts, viele wenig, fast alle weniger als sonst schenken. Es wird denen, die nichts schenken können, sehr weh tun, wenn die Kinderaugen stumm suchen oder bange fragen. Adventsliche: laßt uns andere suchen, ob wir da nicht doch noch einspringen können? Adventsliche: Eltern, die ihr nicht schenken könnt, schenkt ihnen dann etwas Zärtlichkeit, schenkt ihnen, daß ihr nicht bitter seid und die kleinen Herzen auch noch verbittert, schenkt ihnen, was ihr sonst vielleicht nicht getan habt, ein Leben der Weihnachtsgeschichte, ein Wort vom Heiland — führt sie damit aus der finsternen Gegenwart in die Welt der Verheißung und Hoffnung und des guten Willens! Adventsliche: kann ich zur Nothilfe nicht doch noch mehr geben, als ich gab?

Und kann ich das nicht: so arm ist keiner, daß er nicht einen freundlichen Dienst, ein tröstendes, aufmunterndes Wort schenken könnte! Adventsliche: wir wollen uns ja in Selbstsucht nehmen, daß wir nicht bloß klagen und anklagen, wollen Geduld haben, wenn andere leiden und klagen, mit ihrer Gebrechlichkeit und Wunderlichkeit! Adventsliche: nicht das ist das allerschlimmste, daß die Tische leerer als sonst oder ganz leer sind — aber daß wir so mühsam und so lieblos sind: Laßt uns sorgen, daß wir das in diesen Tagen bekämpfen. Liebe bereitet das Fest allein richtig vor, ob mit Gaben oder ohne sie. Daher: Herr, lehre mich lieben!

Ein bißchen Einsicht tut not!

Die letzte Notverordnung scheint mit ihren Preis senkungsankündigungen hier und da einige Verwirrung angerichtet zu haben. Nicht alle wissen, woran sie mit ihr sind, und es herrscht ein ganz hübsches Durcheinander. Es ist tatsächlich so, daß viele meinen, die Kaufleute müßten nunmehr für alle oder doch für die meisten Waren, die bei ihnen zu haben sind, die Preise um 10 Prozent oder so senken — ohne weiteres und sofort. Und da viele andere meinen, daß solche Senkungen wirklich sofort, womöglich noch vor Weihnachten beschlossen werden würden, schieben sie selbst solche Einkäufe, die sie dringend machen müssen, hinaus, um auf die kommende billigere Zeit zu warten. Und da muß man schon sagen: „Kinder, seid doch vernünftig, bemüht euch doch, ein bißchen mehr Einsicht zu haben!“

Sarwohl, an der Einsicht fehlt es! Unter den schlechten Zeiten, in welchen wir leben, leiden wir alle, durchweg alle: der Käufer und der Verkäufer, der Beamte, der Angestellte, der Arbeiter und wer weiß wer noch. Es sollte eigentlich keiner zu sagen wagen, daß gerade er mehr leide als der andere, weil er ja gar nicht weiß, wie sehr der andere leidet. Nehmen wir einmal den Geschäftsmann. Er hat, der Not gehorchend, und ohne erst auf die Notverordnung zu warten, die Preise seiner Waren vielleicht schon bis an die Grenze des Erträglichsten herabgesetzt, und nun verlangt man vielleicht von ihm, unter falscher Auslegung von Bestimmungen der Notverordnung, daß er mit den Preisen von heute auf morgen weiter herabgehe. Man überlegt sich nicht, daß er seine Ware vielleicht teuer eingekauft hat, daß er, weil die längst erwartete Notverordnung mit ihrem Winterprogramm ein bißchen spät gekommen ist, für die Winterzeit, für die Weihnachtszeit besonders, nicht mehr ganz richtig „tastulieren“ konnte, und daß er nun auf einmal auf vielleicht schon ohnehin verbilligte Waren einen besonderen Nachlaß gewähren

suchungsausschusses zur Überprüfung der Weizmannführung der Preuentasse unter der Leitung des jetzigen Finanzministers Dr. Klepper.

Hierauf wird

die Agrardebatte

auf Grund der beiden sozialdemokratischen Anträge fortgesetzt. Abg. Schmitt-Limbürg (Dt. Fraktion) schildert die Not der Kleinbauern, insbesondere im Schwarzwald. Der Redner begrüßt die Sicherungsbestimmungen für den landwirtschaftlichen Besitz in der letzten Notverordnung und fordert Beseitigung der hohen Kartellpreise für Industrie-Erzeugnisse.

Abg. Wachholtz de Wente (Staatspartei) meint, die Zollpolitik des Ministers Schiele wirke nur zugunsten des Großgrundbesitzes.

Abg. Dammers (Wirtschaftspartei) beklagt die große Steuerlast des Mittelstandes.

Abg. Kricheldorf (Dtn.) schildert die besondere Not in Ostpreußen und protestiert gegen die hohen Frachttarife, die die ostpreussische Landwirtschaft bedrücken.

Abg. Johannissen (D. Vp.) rückt von den in Schleswig-Holstein vorgekommenen Störungen bei Zwangsversteigerungen und Versteigerungen im Interesse der Staatsautorität ab, die unter den jetzigen Verhältnissen unbedingt gewahrt werden müsse. Andererseits müsse man den Beweggründen nachgeben, die zu solchen Handlungen geführt hätten und die bei den Landwirten in Schleswig-Holstein doch unzweifelhaft in der

Liebe zu ihrer Scholle

zu suchen seien.

Abg. Weidemann (Soz.) fordert ein scharfes Vorgehen gegen die Führer des Ostpreussischen Landwirtschaftsverbandes, deren Schreiben an den Reichspräsidenten zeige, was in Ostpreußen gespielt wird.

Abg. Schmelzer (Ztr.) wendet sich dagegen, daß politische Führer aus parteipolitischen Gründen noch größere Unruhe in die Landwirtschaft brächten.

Abg. Wende (Dtn.) erklärt, daß der deutsche Bauer sich am liebsten möglichst wenig um die Politik kümmere. Man könne aber den Landwirten nicht verübeln, wenn sie sich nicht ohne weiteres von ihrer Scholle durch die Steuerbeamten und Zwangsversteigerungen vertreiben ließen.

Damit schließt die Aussprache. — Die der Agrardebatte zugrunde gelegten sozialdemokratischen Anträge werden dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen.

Es folgt die Beratung von Anträgen über die Finanznot der Gemeinden,

die Provinzialumlagen und über die Maßnahmen zum Schutze des Neubausbesitzes.

Die Ausschüßanträge über die Finanznot der Gemeinden und über den Hausbesitz werden angenommen.

Bei der schwachen Beizung der Regierungsparteien wird dagegen der Ausschüßantrag zur Nachtragsumlage für die Provinz Rheinland und Westfalen gegen die Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt; ebenso wenig findet sich eine Mehrheit für die Anträge des Zentrums und für die Deutsche Volkspartei, die der Ausschüßverhandlung über die Nachtragsumlage zugrunde lag.

Darauf vertagte sich das Haus auf den 19. Januar 1932.

soß, zu dem ihn die Vorschriften der Notverordnung nicht verpflichten. Und wenn viele, die kaufen möchten, tatsächlich glauben sollten, daß er dazu verpflichtet sei, so muß man ihnen das mit Vernunftgründen auszurechnen suchen. Jeder sollte und müßte sich überzeugen lassen, daß unter der gegenwärtigen Not alle Berufsstände ohne jeden Unterschied zu leiden haben, und daß man durchaus nicht besonders klug handelt, wenn man notwendige Einkäufe in Erwartung einer großen Verbilligungswelle zurückstellt. Das sollte man sich vor allem jetzt, in der Weihnachtszeit, sagen und gesagt sein lassen, denn Weihnachtsgeschenke, die erst nach Weihnachten kommen, haben ganz bestimmt ihren Beruf verfehlt. Also sollte man Geld, sofern man solches hat, lieber sofort ins Rollen bringen und der Geschäftswelt helfen, weil man damit auch sich selbst hilft.

Wie wird das Wetter?

Das Wetter hat sich in der letzten Woche programmäßig entwickelt. Nach einer vorübergehenden Aufbeiterung trat sehr schnell eine neue Wetterverschlechterung ein, wobei gleichzeitig ein Temperaturanstieg zu verzeichnen war. Mitte der Woche kam es im Ostseegebiet sowie in den baltischen Staaten und in Schweden zu außerordentlich schweren Stürmen. Die Sturmanfluten richteten besonders schweren Schaden im östlichen Teile der deutschen Ostseeküste an. Hervorgerufen wurden diese Unwetter durch ein scharf abgegrenztes Tiefdruckgebiet, das vom hohen Norden rasch südsüdwestwärts vorzudrang war. In den meisten Teilen Deutschlands traten starke Schneefälle ein, die teilweise von kurzen Gewittern begleitet waren. Auch hier bestätigte sich die alte Wetterregel, daß nach Wintergewittern strenger Frost in Aussicht steht. Schon in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag sanken die Temperaturen ganz erheblich, zum Teil unter den Gefrierpunkt. Sehr scharfer Frost wurde aus dem bayerischen Hochlande gemeldet. Am Donnerstag wiederholten sich die Schneefälle, so daß die deutschen Mittelgebirge nunmehr tief verschneit sind. Da sich über den britischen Inseln ein recht kräftiges Hochdruckgebiet entwickelt hat, das seinen Einfluß über ganz Mitteleuropa auszudehnen scheint, haben wir bei nordöstlichen bis östlichen Winden allgemeine Aufbeiterung und zunehmenden Frost für die nächsten Tage zu erwarten. Insbesondere muß man mit sehr strengen Nachfrösten rechnen, da die geschlossene Schneedecke die Ausstrahlung außerordentlich begünstigt. Über die Aussichten für Weihnachten läßt sich zwar im Augenblick Bestimmtes noch nicht sagen, immerhin sind sie nicht schlecht.

Reichserziehungswoche 1932. In der Zeit vom 31. Januar bis 6. Februar 1932 soll wie in den letzten Jahren wieder eine Reichserziehungswoche stattfinden, deren Durchführung bei dem Evangelischen Reichssekretariat und den ihm angeschlossenen Unterverbänden liegt. Auch diesmal ist ein bestimmtes Thema gegeben worden, das in Form von Vorträgen, Familienabenden, Erziehungsgottesdiensten und ähnlichen Veranstaltungen ausführliche Behandlung finden soll. Es lautet für 1932: „Unseres Kindes Lebensgrund — von Not und Sieg des Glaubens“. Die Reichserziehungswoche will die evangelische Elternschaft benutzt den Vätern unserer Zeit gegenüberstellen. Sie will zeigen, wie innere Auflösung, Verarmung und Schulabbau das deutsche Kulturleben mehr und mehr bedrängen. Aber sie will auch fragen nach den Gründen dieser jenseitigen Krise unseres Volkes und einen Weg suchen helfen, der aus ihr herausführt. Dieser Weg wird nicht so sehr in Richtung des vielfach überprüften Leitwortes liegen: „Vom Kinde aus — um des Kindes willen“, als vielmehr von dem Grundfatz ausgehen: „Zur Ehre Gottes — um Gottes willen.“

Das scharfe Eisen.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Wie ein zerklüftetes Feld liegt die deutsche Wirtschaft vor uns. Tiefe Furchen hat die neue Notverordnung überall gezogen. Ihre scharfe Pflugschar hat Unterflur zu oberflächlich gekehrt, die Schollen umgeworfen, und wo früher glatter Plan war, sieht man Stürze und Sprünge. Ist das scharfe Eisen, das diese allgemeine Umwälzung vollbracht hat, wirklich ein Pflug, der Ackerfurchen zög, aus denen schließlich und endlich neue Saat sprießen wird? Es wird darauf ankommen, ob jetzt in die Risse und Kissen guter Samen gestreut wird, es wird darauf ankommen, daß züchtiger Fleiß und unverdrossene Schaffenskraft wirkt am schweren Werk und das Wachstum der Reime pflegt, es wird darauf ankommen, daß zu Hilfe kommt günstiges Wetter der Weltwirtschaft, um die Saat der Reife entgegenzuführen.

Der 8. Dezember ist der Stichtag für die nächste Zukunft des deutschen Volkes. Wir müssen uns vorstellen, daß die Dezember-Notverordnung auf der einen Seite die freie Wirtschaft, soweit sie Waren erzeugen kann und will, völlig unberührt läßt, daß sie aber auf der anderen Seite diese Wirtschaft, sobald es sich um den Absatz der Waren an die Verbraucher handelt, in die engen Grenzen einer staatlich geregelten Preispolitik einschnürt. Um die Politik, die der Notverordnung zugrunde liegt, zu verstehen, ist daran zu erinnern, daß nicht nur das mobile Betriebskapital in Deutschland unzulänglich ist, daß auch der Geldumlauf, soweit er durch das Bankgesetz bestimmt wird, nicht entfernt ausreicht, um einen hohen Preispiegel aufrechterhalten zu können. Die Dezember-Notverordnung macht den Versuch, die Warenerzeugung und den Warenumschlag mit einer Kapital- und Geldmenge zu bewältigen, die einen Abbau der Erzeugungskosten auf der ganzen Linie voraussetzt. Aber gerade dieser Abbau der Erzeugungskosten auf der ganzen Linie ist nicht streng durchgeführt, denn er macht vor der öffentlichen Last halt, obschon diese Last mit rund 27 Milliarden Mark im Haushaltsjahr 1931/32 unmittelbar von der Wirtschaft aufgebracht werden muß. Die Reichsregierung sieht darauf fest, daß die öffentliche Last in der Zeit der sogenannten Hochkonjunktur ausgedehnt wurde, so daß es schon technisch schwer ist, das Gleichgewicht der öffentlichen Last mit der Steuerkraft der Wirtschaft in der Krise herzustellen. Das erklärt auch, daß die Reichsregierung eine Steuererleichterung nicht hat durchführen können, weil alle Steuererträge in ihrem tatsächlichen Ergebnis mehr als ungewiß sind. Der Reichsfinanzminister hat zwar im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärt, daß der Reichshaushalt voraussichtlich ausgeglichen sei, nachdem die Ausgaben auf 8,2 Milliarden Mark gedrosselt wurden. Aber dieser Ausgleich gilt nicht für den Haushalt der Länder und Gemeinden, noch weniger für den Haushalt der sozialen Versicherungsanstalten. Das innere finanzielle Gleichgewicht soll nun durch die Maßnahmen erzwungen werden, die die Dezember-Notverordnung in unterschiedlichen Kapiteln vorsieht.

Das Ziel ist, zunächst die Lebenshaltung des deutschen Volkes zu sichern, sodann die Wettbewerbsfähigkeit trotz des Zollkrieges aller gegen alle zu steigern.

Daß die Maßnahmen der Reichsregierung zum Teil gewagt sind, daß sie Neuland betreten, wie vor allem in Sachen der Zinsenkung, darüber ist sich auch die Reichsregierung im klaren. Wie furchtbar erust die Lage ist, geht ja vor allem daraus hervor, daß die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ein mechanisches Anschwellen der Zahl der Arbeitslosen anzeigt. Fünf Millionen Arbeitslose bedeuten einen Produktionsausfall von fast 10 Milliarden Mark, wozu aber noch kommt, daß der Unterhalt für die Arbeitslosen auf der Produktion lastet, die wir noch leisten können. Die Überlegung der Dezember-Notverordnung geht nun dahin, vor allem durch eine Senkung der Löhne und Gehälter sowie durch die Senkung der öffentlichen Tarife den Anreiz für eine Steigerung der Produktion zu schaffen, ohne die sich die Arbeitslosen nicht wieder in den Wirtschaftsprozess einreihen lassen. Das zeigt wieder, daß trotz der staatlichen Eingriffe, die im einzelnen von rücksichtsloser Härte sind, der Unternehmungsgeist und der Wagemut der Wirtschaft nicht entbehrt werden kann. Im Gegenteil, auf sie allein kommt es an, ob die Dezember-Notverordnung sich heilsam auswirkt, oder ob sie zu einem verhängnisvollen Versager wird. Die Verantwortung, die dem Preisbildner obliegt, ist deshalb besonders groß, denn Eingriffe an der falschen Stelle schaden nicht nur, sie können unter Umständen auch dazu führen, daß die Produktion noch weiter einschrumpft.

Landvolkpartei und Nationalsozialisten.

Ausgeschiedene Landvolker können nicht in die Reichstagsfraktion der NSDAP.

Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß die auf den Listen der Landvolkpartei in den Reichstag gewählten Abgeordneten Dr. Wendhausen, Sybel und Sieber, die seinerzeit mit der Nationalen Opposition den Auszug aus dem Reichstag mitmachten, in die NSDAP eingetreten und damit Mitglieder der Reichstagsfraktion der Nationalsozialisten geworden seien.

Hierzu wird aus nationalsozialistischen Kreisen erklärt, daß es zwar möglich sei, daß die genannten Abgeordneten in irgendeinem Gau der NSDAP Parteimitglied geworden sind, daß jedoch von ihrer Übernahme in die Reichstagsfraktion der NSDAP keine Rede sein könne. Da die erwähnten Landvolkabgeordneten gegenüber der Landvolkpartei eine Bindung eingegangen seien, dürfe ihr Übertritt in die nationalsozialistische Reichstagsfraktion sich nicht ermöglichen lassen.

Der Reichslandbund zur Notverordnung.

Hofbesitzer Willikens Präsident des Reichslandbundes.

Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes hat eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: Die letzten Maßnahmen von Reichspräsident und Reichsregierung sind nicht geeignet, die Gesundung der deutschen Landwirtschaft sicherzustellen.

Trotz mancher in der Notverordnung enthaltenen Einzelmaßnahmen, die eine relative Entlastung der Landwirtschaft bewirken sollen, wird im Gesamteffekt die Landwirtschaft auch nicht im entferntesten in den Stand gesetzt, den Binnenmarkt zu beleben, die Arbeitslosigkeit

zu lindern und die Ernährung des Volkes aus eigener Scholle sicherzustellen. Bei Einnahmen unter Friedensstand ist auch ein Zinsfuß von 6 Prozent untragbar. Auch die Preisentlastungsmaßnahmen entsprechen nicht im entferntesten dem Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben der Landwirtschaft.

Angeichts der Enttäuschungen, die die deutsche Landwirtschaft bis zur Stunde von der gegenwärtigen Staatsführung erfährt, ist die Selbstbehauptung des Berufsstandes zur Erhaltung des Besitzes und zur Sicherung der neuen Ernte für das gesamte deutsche Landvolk zwingendes Gebot. Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes ruft dazu auf, sich in allen Landesteilen zur Schicksalsgemeinschaft des deutschen Landvolkes zu bekennen und zu verpflichten!

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes ergänzte das Präsidium des Reichslandbundes durch Zuwahl von Hofbesitzer Willikens, Groß-Hölthe aus dem Kreise Goslar (Provinz Hannover). Präsident Willikens gehört dem Landbunde seit seinem Bestehen an, er ist Reichstagsabgeordneter und Mitglied der Reichsleitung der NSDAP.

Klage gegen Land Thüringen.

Der Vertrag des ehemaligen Herzogs von Sachsen-Altenburg wird untersucht.

Vor dem Oberlandesgericht in Jena begann der Prozeß des ehemaligen Herzogs von Sachsen-Altenburg gegen das Land Thüringen. Vom Herzog wird der Auseinandersetzungsvertrag, der seinerzeit zwischen ihm und der altenburgischen Regierung, die sich auf eine Einkommensminderung stützte, als rechtswidrig angefochten, da der Vertrag angeblich unter Zwang zustande gekommen sei und deshalb gegen die guten Sitten verstoße.

Aberdies habe man nicht die Zustimmung aller Mitglieder des Herrscherhauses eingeholt. In der Klage geht es hauptsächlich um das Fideikommißvermögen im Werte von etwa 27 Millionen Goldmark. Seinerzeit hatte der Herzog etwa 10 Millionen Abfindung erhalten, die jedoch durch fehlerhafte Anlagen und Verkäufe verloren gingen. Der Thüringische Landtag hat Vergleichsverhandlungen mit dem Herzog angebahnt.

Senatspräsident Möller gab zu Beginn der Verhandlungen zunächst eine Darstellung des Sachverhalts, worauf die rein juristischen Fragen erörtert wurden. Die Frage, ob der Prozeßweg überhaupt zulässig sei, ist vom Oberlandesgericht bereits bejaht worden. Weiter handelt es sich darum, ob der Vertrag gegen die guten Sitten verstoße und eine Klageänderung anhängig sei.

Alle Kriegsbeschädigtenorganisationen sind politisch.

Tragen ihrer Abzeichen verboten.

Durch Vorstellungen im Reichsministerium des Innern und im preussischen Ministerium des Innern wurde festgestellt, daß sämtliche Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenorganisationen, also auch der Riffhäuserbund, Zentralverband, Reichsverband, Internationaler Bund, Deutscher Offiziersbund, Bund erblindeter Krieger, sowie sämtliche übrigen kleinen Kriegeropferverbände als politisch im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes gelten, da sie auf die Gesetzgebung und auf die Öffentlichkeit einwirken. Sie gelten damit auch im Sinne der letzten Notverordnung als politisch. Den Mitgliedern aller Kriegsopferorganisationen ist gegenwärtig das Tragen ihrer Bundes- oder Verbandsabzeichen schlechthin verboten.

Die deutsch-englischen Zollverhandlungen.

Der deutsche Botschafter Freiherr von Neurath begab sich am Freitagabend ins Auswärtige Amt, um den englischen Außenminister über die Haltung der deutschen Regierung hinsichtlich der zwischen England und Deutschland gepflogenen Zollverhandlungen zu unterrichten, die auf Grund des deutsch-englischen Handelsvertrages von deutscher Seite aus angeregt und eingeleitet worden waren. Der deutsche Botschafter brachte die Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß die englische Regierung in der Fortführung der Verhandlungen keinen nützlichen Zweck erblicke, obwohl sie voll das Recht zu mündlichen Besprechungen angeht, der Tatsache anerkannt habe, daß der deutsche Handel durch die neuen Zollmaßnahmen nachteilig beeinflusst werde.

Die deutsche Regierung werde sich ihre weitere Stellungnahme zu der von England eingeschlagenen Zollpolitik vorbehalten.

**Voll Spannung,
Aktualität, Temperament
ist unser neuer Roman!**

**Jad
Molander**

von Egbert Jürge

Ein Roman, wie er fesselnder
und packender nicht geschrie-
ben werden kann!

Wir beginnen mit dem Abdruck morgen!

behalten und zur gegebenen Zeit auf ihren jetzigen Wohnsitz zurückkommen.

Gleichzeitig unterrichtete Freiherr von Neurath den englischen Außenminister von dem Wunsch der deutschen Regierung, die eingeleiteten Verhandlungen über die Anwendung und Auslegung der Zollbestimmungen fortzusetzen. Wenn auch die englische dritte Zollnotverordnung eine Reihe von Waren, über die diesbezügliche Verhandlungen schwebten, eindeutig unter die neuen Zölle stellte, so bestanden doch eine Reihe von unterschiedlichen Auffassungen über anderweitige Artikel, bei denen es im Interesse Deutschlands liege, einer zu weitgehenden Auslegung seitens der englischen Zollbehörden vorzubeugen.

Das Ergebnis von Basel.

Unterbrechung der Tributzahlungen, aber Wiederaufnahme der ungeschützten Zahlungen nach einiger Zeit.

Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen des Sonderausschusses kann man etwa wie folgt zusammenfassen:

Der Sonderausschuß hat festgestellt, daß es mehr als fraglich sei, ob aus dem deutschen Haushalt die Tributzahlungen bei der Unlösbarkeit der Arbeitslosenfrage herausgewirtschaftet werden können.

Aus der Deutschen Reichsbahn hingegen sei das möglich, vorausgesetzt, daß die wirtschaftliche Konjunktur wieder aufwärts geht. Damit ist auch die Richtung, die das Gutachten nehmen wird, gewiesen.

Der Sonderausschuß wird, wenn er das aussprechen sollte, sich für eine einstweilige Unterbrechung der Tributzahlungen einsetzen, nicht aber für eine gänzliche Streichung.

Frankreich erhält durch Inanspruchnahme der Möglichkeit einer Wiederaufnahme der ungeschützten Zahlungen also eine gewisse Genugtuung.

Im Redaktionsausschuß spielt sich jetzt der Endkampf um die oben geschilderte Formulierung ab. Da der Bericht des Sonderausschusses auch der Tributbank als Treuhänder zu übergeben ist, so sind gegenwärtig Verhandlungen im Gange, zu diesem Zweck eine

Sondersitzung des Verwaltungsrats zu Anfang Januar

einuberufen. Der Verwaltungsrat wird u. a. auch von sich aus den Regierungen eine besondere Erklärung zu dem Gutachten des Sonderausschusses abgeben.

Deutschland auf der Abrüstungskonferenz.

Auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz wird Deutschland durch den Reichskanzler Dr. Brüning und den Reichswehrminister Dr. Gröner vertreten sein. Den Reichskanzler wird der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. von Bülow, begleiten. Bei Abwesenheit der Kabinettsmitglieder wird der Botschafter Dr. Radolny die Delegation führen. Zu seinem ständigen Vertreter ist der Botschafter Graf Walczek bestimmt.

Radolny wurde schon immer genannt, wenn es galt, wichtige deutsche Auslandsposten zu besetzen. Seinerzeit sollte er, als Brodorski-Rauhau starb, dessen Nachfolger als Botschafter in Moskau werden. Später nannte man ihn als Staatssekretär im Auswärtigen Amt an Stelle von Schubert. Selbst als Außenminister kam er gelegentlich in Frage. Diplomat von Beruf, war er seinerzeit der erste Staatssekretär Eberts. Später wurde er deutscher Gesandter in Stockholm und dann deutscher Botschafter in Jstanbul. Radolny gilt als einer der arbeitsfreudigsten und fähigsten Diplomaten, die Deutschland zurzeit hat. Seine Ernennung wird allgemein begrüßt werden, besonders, da er parteipolitisch nie hervorgetreten und nach keiner Richtung gebunden ist.

Macdonald über die englische Zollpolitik.

Macdonald äußerte sich über die englische Zollpolitik. England, so erklärte er, sei durch das Ausland zur Einführung der Zölle gezwungen worden, denn die ausländische Konkurrenz sei durch die Politik der staatlichen Ausfuhrprämien und -zuschüsse sowie durch die Herabdrückung der Löhne unerträglich geworden. Das englische Kabinett sei bei der Erörterung der Zollfrage vollkommen einig gewesen.

„Wie schaffen wir unserm Volke Arbeit und Brot“.

Freiherr von Lüninck im Westfälischen Bauernverein.

Dortmund. In der Hauptversammlung des Westfälischen Bauernvereins, Bezirksverband Industriegebiet, hielt der Präsident der Rheinischen Landwirtschaftskammer, Freiherr von Lüninck, einen Vortrag über „Wie schaffen wir unserm Volke Arbeit und Brot“. Er erklärte, daß die verschiedenen Programme zur Behebung der Arbeitslosigkeit keinen einzigen erfolgversprechenden Vorschlag zur Besserung enthalten. Es sei wirtschaftlich ein Unding, daß weite Teile des Volkes hungern müßten, während auf der anderen Seite die Bauern ihre Produkte nicht absetzen vermöchten. Das Wort vom der Kaufkraft, der die Ursache dazu zugeschrieben werde, werde mißbraucht. Es sei in höchstem Maße bedauerlich, daß der Reichskanzler in seinem neuesten Brief an die sozialistischen Gewerkschaften sich zu der in 12jähriger Erfahrung als fundamentalen Irrtum erkannten gewerkschaftlichen Verkaufstheorie bekannt habe. Die Kaufkraft werde insbesondere durch die Vorgänge im Außenhandel beeinflusst. Bei vernünftiger Führung der Wirtschaft in Deutschland, das so viele Produktionsmöglichkeiten habe, sei auch bei einer Weltwirtschaftskrise ein vernünftiger Ausgleich innerhalb der deutschen Volkswirtschaft möglich. Eine wesentliche Minderung bei der Einfuhr sei vor allem bei den Agrarprodukten möglich und erforderlich. Auch das Erwerbslosienproblem erfahre durch künstliche Arbeitsbeschaffungsprogramme keine Lösung. Mit der neuesten Notverordnung bringe man auch das entscheidende Problem der Rentabilität und Preisfrage der Lösung nicht näher. Die Hoffnungen, die die Landwirtschaft wegen der Herabsetzung der Zinsätze an die Notverordnung knüpfte, seien verfehlt. Nicht allein gesetzliche Maßnahmen könnten eine Besserung bewirken. Sie müßten getragen sein von dem einheitlichen und klaren Willen aller Teile eines unter einer zielbewußten nationalen Regierung stehenden Volkes.

Generalsekretär Dr. Goltz vom Westfälischen Bauernverein in Münster sprach über die geplante Milchabgabeordnung in Rheinland und Westfalen und forderte einen freiwilligen Zusammenschluß der Erzeuger, bevor eine gesetzliche Maßnahme ergriffen werden müßte. Die Schaffung eines Ausgleichsfonds sei dazu notwendig und das bedinge wiederum die Bildung eines Zentralverbandes sämtlicher Milchzeuger.

—* **Volkshochschulheim Wislade.** Die ersten Stägigen Bauernvolkshochschulkurse auf der Wislade bei Lüdenscheid werden für junge Männer vom 3.—10. Januar, für junge Mädchen vom 10.—17. Januar 1932 gehalten. Thema: Was hat uns die Wirtschaftskrise zu sagen? Kosten: 2,50 RM pro Tag. Alter: etwa 18—25 Jahre. Meldungen und Anfragen: Leitung des Volkshochschulheims Wislade, Post Oberlahmheide i. W. Die Kosten können teilweise durch gelieferte Lebensmittel geleistet werden. Die Wislade steht in einer Front mit den Volkshochschulen Lindehof-Bethel, Hermannsburg u. ä. mit der Lösung: Einer trage des andern Last! Auf diesem christlichen Grundgesetz möchte sie eine rechte Volksgemeinschaft aufbauen helfen.

—* **Der Westdeutsche Rundfunk zu Weihnachten.** Donnerstags, den 24. Dez./Heiligabend: 15.15—16.30 Uhr Weihnacht. Rezitation, Ehre, Lieder zur Laute, Kinderchöre. 18.50—19.10 Uhr Uebertragung vom Turm der evangelischen Petrikirche in Soest: Soester Gloria! (Männer-, Knaben- und Frauenchöre). — Freitag, den 25. Dezember, 1. Feiertag: 6 Uhr: Evangelische Christmette aus der Unterbarmer Hauptkirche. Leitung: Pfarrer Calaminus. 11.30—12.15 Uhr Nachantate zum 1. Weihnachtsfeiertag (Reichsfestung aus dem Leipziger Gewandhaus). — Sonnabend, den 26. Dez., 2. Feiertag: 9—10 Uhr Evangelische Morgenfeier. Leitung und Ansprache: Pfarrer Lic. Dr. Söhngen, Köln-Kalk. 11.30—12.15 Uhr Orgelstunde Kurt Beer-Düsseldorf: Werke von Friedrichs.

—* **Expresgutverkehr zu Weihnachten.** Verbilligung Expresgutfrachtsätze. Erfahrungsgemäß ist vor dem Weihnachtseisen mit einem starken Anwachsen des Expresgutverkehrs zu rechnen. Im Interesse einer schnellen Abfertigung und einer pünktlichen und sicheren Zustellung empfiehlt es sich, für eine ordnungsmäßige und gute Verpackung der aufzugehenden Expresgutfrachten zu sorgen. Es sei noch darauf hingewiesen, daß durch die am 16. Dezember eingetretene 15%ige Ermäßigung des Expresguttarifs bei der Reichsbahn in der Beförderung von Expresgutsendungen eine wesentliche Verbilligung eingetreten ist. Die Mindestfracht für Expresgut beträgt wie bisher 0,50 RM. bei einem Mindestgewicht von 5 kg.

—* **Weitere Vergünstigung für Sonntagsrückfahrkarten zu Weihnachten.** Bekanntlich werden während der Weihnachtszeit von den Mitteleuropäischen Reisebüros Sonntagsrückfahrkarten aus weiter gelegenen Bezirken vermittelt. Wegen Sonntagsfahrkarten nicht für die ganze in Frage kommende Strecke auf, so werden die M-R-Stellen für die Zwischenstrecken einfache Fahrkarten besorgen. Diese Fahrkarten haben dann die gleiche Geltungsdauer wie die anschließenden Sonntagsrückfahrkarten. Die Deutsche Reichsbahn hat nun ausnahmsweise für die Weihnachtszeit zugelassen, daß bei anschließenden Sonntagsrückfahrkarten und einfachen Fahrkarten für die Zwischenstrecken die Rückfahrt von dem Endbahnhof der Reise am 4. Januar bis spätestens 9 Uhr angetreten werden darf. 3. B. genügt es, daß bei den anschließenden Sonntagsrückfahrkarten Wuppertal-Kassel und Kassel-Leipzig die Rückreise von Leipzig am 4. Januar spätestens 9 Uhr angetreten wird. Sie darf dann aber nicht mehr unterbrochen werden.

Halver

—* **Die Geschäftswelt kann nichts mehr stiften.** Die Gewerbl. Mittelstandsvereinigung Halver macht durch den Infanterieteil darauf aufmerksam, daß die Einzelhandels-geschäfte zu ihrem Bedauern außerstande sind, den von zahlreichen Vereinen, etc. gestellten Bitten um Unterstützung oder Ueberweisung von Geschenken zu entsprechen. Die Not des Einzelhandels selbst ist so groß, daß auch beim besten Willen keine Unterstützungen erwartet werden können. Deshalb bittet die Vereinigung mit Rücksicht auf die schwere Notzeit von jedweder Sammlung abzusehen.

—* **Eine gebürtige Halveranerin, die Witwe Carl Höhnmann, Emma geb. Brüninghaus,** wohnhaft bei ihrem Sohne, dem Stationsvorsteher i. R. H. zu Ronsdorf, vollendet am Montag, dem 21. Dezember ihr 92. Lebensjahr. Sie ist geboren am 21. Dez. 1839 zu Dahlhausen bei Oberbrügge. Die Eltern zogen später nach

Halver, woselbst sie lange Jahrzehnte gewohnt haben. Die Greisin erfreut sich noch voller Geistesfrische und körperlicher Mäßigkeit.

Kierspe

—r Um die Vorarbeiten in der Meliorationsache des oberen Ringetales zum Abschluß bringen zu können, ist für Dienstag, den 11. Januar nächsten Jahres ein Anhörungstermin in Hödinghausen beim Gastwirt Bisig um 16 Uhr anberaumt. Es sollen die Beteiligten über den Zweck des genossenschaftlichen Unternehmens, sowie über den Plan und den Satzungsentwurf unterrichtet und gehört werden. Im Interesse der Sache wird gewünscht, daß alle Beteiligten an dem Termin teilnehmen. Alle zur Legitimation notwendigen Papiere sind mitzubringen. Wer an der Wahrnehmung des Termins verhindert ist, hat sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen. Die Vollmacht ist von der Polizei kostenfrei beglaubigen zu lassen. Ein Entwurf des Statuts ist zur Einsicht in der Wirtschaft Bisig niedergelegt. Mit einer Ausführung der Arbeiten ist jedoch zur Zeit nicht zu rechnen, die Bildung der Genossenschaft soll vorgenommen werden, um die Vorarbeiten zum Abschluß zu bringen.

—r Der Straßenzug an dem Wohnhausneubau von Gwald Sohn in Kierspe-Off. hat die Bezeichnung „An der Höb“ wie sie sich in den Katasterbüchern vorfindet, erhalten. pn. Hagen. Wegen Brandstiftung 2 Jahre Zuchthaus. Der Kalkwalder Gustav S. aus Garenfeld stand heute vor dem Schwurgericht. Ihm wurde vorsätzliche Brandstiftung zur Last gelegt. Das Gericht überführte den Angeklagten und verurteilte ihn zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren.

pn. Hagen. Aus Liebeskummer erschossen. Die Hausangestellte P. Ch., die bei einer Familie in der Christian-Rohlfstraße bedienstet war, hat sich gestern einen Kopfschuß beigebracht. Sofort nach der Ueberführung in das Allgemeine Krankenhaus ist sie ihren Verletzungen erlegen. Wie verlautet, soll Liebeskummer der Anlaß zur Tat gewesen sein.

Spiel und Sport.

—): Halver, den 19. Dez. 1931.

Die Vorturnerschaft der Vereinigten Turn- und Spielvereine e. V. Halver hielt gestern abend in der Turnhalle eine Vereinsvorturnerstunde ab. Es wurde ein Beschluß gefaßt, der der Hauptversammlung die Ernennung von mehreren Vorturnern, die 25 Jahre lang der Vorturnerschaft angehören, zu Ehrenvorturnern vorschlägt. — Erfreulicherweise konnten auch dieses mal wieder einige Neuaufnahmen für den Verein getätigt werden. An dem am 20. d. M. in Brügge stattfindenden 1. Auswahlturnen für den Bezirks-Geräte-Mannschaftskampf beteiligen sich die V. T. u. Sp. V. mit einigen ihrer Besten. Es sind Bestrebungen im Gange, die die Austragung des 2. Auswahlturnens gelegentlich des Winterfestes unseres Vereins am 24. Januar 1932 verwirklichen sollen. Ferner ist geplant, mit dem Turnverein „Höh“-Lüdenscheid einen Geräteturnersportkampf durchzuführen. Das Nähere über diese Veranstaltung wird in einer demnächst stattfindenden Sitzung, zu der Vertreter des genannten Vereins eingeladen werden sollen, besprochen.

Die nächste Vorturnerstunde findet am 15. Januar 1932 statt.

Sp. Infolge anhaltenden Frostes und weiterer Neuschneefälle haben sich die Wintersportbedingungen in fast allen deutschen Gebirgen erheblich verbessert. Nur in Westdeutschland und im Harz mangelt es noch am nötigen Schnee. Starker Frost herrscht bei sonnenklarem Wetter in der Schweiz, wo in Graubünden die Temperaturen bis auf 20 Grad fielen. Die größte Kälte wird aus Venzersheide mit minus 21 Grad gemeldet.

Sp. Der Motorsportkalender des RdV. für 1932 ist gegen das Vorjahr noch um eine Zahl neuartiger Veranstaltungen vermehrt worden. Besonders Interesse verdient eine „Deutsche Heimatsfahrt des RdV.“, eine Tourenfahrt durch Deutschland

Anfang Juni. Wichtigstes motorsportliches Ereignis ist wieder der „Große Preis von Deutschland“ am 17. Juli auf dem Nürburgring.

Sp. 17 000 deutsche Fußballspieler zählt der Deutsche Fußballverband der Tschechoslowakei. Gegen das Vorjahr ist das ein Plus von rund 1600 Spielern.

Börse und Handel

Amstliche Berliner Notierungen vom 18. Dezember.

* Devisenbörse. Dollar 4,20 4,21. engl. Pfund 14,20 14,21. 14,24. holl. Gulden 169,43 169,77; Danz. 82,12 82,28; franz. Franc 16,52—16,56; Schweiz. 22,02 82,16; Belg. 58,54—58,66; Italien 21,23 21,27; schwed. Krone 78,72 78,98; dän. 78,52 bis 78,68; norweg. 77,17 77,33; tschech. 12,47—12,49; österr. Schilling 49,93—50,05; Argentinien 1,06—1,07; Spanien 33,81 bis 33,85.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 18. Dezember.

Dr. Göbbels heiratet.

Berlin. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Joseph Göbbels wird sich mit Frau Magda, gesch. Quandt geb. Ritschel, vermählen.

Kommunistische Terrorgruppe in Gelsenkirchen verhaftet

Gelsenkirchen. Der Gelsenkirchener Polizei ist es gelungen, fünf Mitglieder einer kommunistischen Terrorgruppe zu verhaften, die in enger Verbindung mit dem Mord an dem Polizeibeamten Niederwerfer steht und außerdem vor einiger Zeit Sabotageakte auf die Vereinigte Kesselwerke Organge im Gelsenkirchener Hafen verübt haben. Die Kommunisten waren bewaffnet in das Werk eingedrungen und hatten den Wächter beschossen, der jedoch flüchten konnte. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung eines der Täter wurden 13 Eierhandgranaten, neun große Dummungeschosse, 12 kleine Revolverpatronen, 27 Ränder und zwei Batterien im Keller vergraben vorgefunden. Einer der an dem Überfall Beteiligten hat eine Zuchthausstrafe von neun Jahren hinter sich. Die Untersuchung ist noch im Gange.

Der Stahlhelm bei Gröner.

Berlin. Die Bundesführer des Stahlhelms hatten in der Angelegenheit des Uniformverbotes eine Besprechung mit dem Reichswehrminister Gröner. Die Besprechungen sollen nach Weihnachten fortgesetzt werden.

Mitgliederversammlung der RDM. freigegeben.

Berlin. Die vom Berliner Polizeipräsidenten verbotene Mitgliederversammlung des Reichsverbandes Deutscher Rundfunkteilnehmer ist freigegeben worden und findet am 19. Dezember in Berlin statt.

Primer freigesprochen.

Graz. Nach einstündiger Beratung der Geschworenen im Grazer Heimwehrputschprozeß teilte der Obmann mit, daß die Geschworenen sämtliche an sie gestellten Schuldsfragen verneinten. Hieraus verkündigte der Gerichtshof über den Putschführer Primer freisprechende Urteil.

Auch die Länder sollen die Schiffsahrtabgaben senken.

Berlin. Amlich wird mitgeteilt: Nach der zum 16. Dezember 1931 erfolgten Senkung der Schiffsahrtabgaben auf den Reichsbinnenwasserstraßen um rund 10 Prozent hat der Reichsverkehrsminister die deutschen Länder um gleichmäßiges Vorgehen bei den Tarifen für die ihrer Tarifhoheit unterstehenden Häfen und kleineren Binnenwasserstraßen gebeten.

Raubüberfall auf eine Bank in Oldenburg.

Gloppenburg. Auf die hiesige Spar- und Darlehnskasse wurde ein Raubüberfall ausgeführt. Zwei Burichen drangen, durch schwarze Gesichtsmasken unkenntlich gemacht, in den Schalteraum der Kasse ein, bedrohten den Kassierer mit einem Revolver und raubten etwa über 400 Mark. Die Täter, die in einem Auto vorgefahren waren, entkamen.

Beforgnis um Elli Weinhorn.

Basra. Um das Schicksal der deutschen Fliegerin Elli Weinhorn, die den Flug nach Hollandisch-Ostindien von Bagdad fortsetzte, herrscht hier ernste Beforgnis, da keinerlei Nachrichten von ihr vorliegen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Großer, billiger

Weihnachts-Sonderverkauf

Meine große Auswahl
erstklassiger
Pelzwaren,
moderner Hüte
in Filz und Velour für Damen und Herren,
schöner Schirme
Hosenträger-
Garnituren usw. kommt
zu ganz außergewöhnl. niedr. Preisen
zum Verkauf.

Besichtigen Sie zwanglos mein reiches Lager
passender
Weihnachtsgeschenke.

Meine auffallend großen Leistungen
werden Sie überraschen.
Immer neue Sendungen erstklassiger
Wollwaren
bieten Ihnen stets d. gesuchte Weihnachtsgeschenk
meine merckwürdige große Auswahl in
entzück. Strickkleidern
u. a. Wiener Modelle und Münchener Kunst,
hochmodernen Pullovers
für Damen, Herren u. Kinder bei billigsten
Preisen ist
weit und breit bekannt.

Louis Wurm jr., Lüdenscheid.
Sonntag geöffnet.

Wintersportgeräte!

Jugendski Eschenholz, 170 cm, m. Bind. u. Stöcke 15.-
Tourenski, Eschenholz, m. Huitfeldbind. v. 17.- b. 29.-
Rodelschlitten ganz aus Eschenholz v. 3.75 4.50
Schlittschuhe in allen Preislagen
Skistöcke, Skibindungen, Ersatzteile, Skiwachs,
Skistöcke usw. finden Sie bei mir in reicher Auswahl
E. Bickenbach, Lüdenscheid id.
Knapperstr. 8a.

Achtung! Ganz außergewöhnliches Weihnachtsangebot.

Trotzdem ich alle Damen-, Herren- und
Kinderschuhe schon um
20-30%
im Preise herabgesetzt habe, gebe ich von
heute ab bis Weihnachten auf ein Teil

Schuhwaren und Pantoffeln noch 10% Sonder-Rabatt!

Außerdem bei Einkauf von 3 RM.
ein Riegel Schokolade gratis.

Ferner empfehle

Damen- u. Kinderschlepper u. Unterröcke,
Hemdosen, Unterhosen, Strümpfe, Socken
u. s. w.

Auf alle Waren Rabattmarken.

Frau Carl Dösseler
Kierspe-Bahnhof.

Inferieren bringt Gewinn!

Das passende und wertvollste Weihnachtsgeschenk

für jeden Geschmack und in
allen nur denkbaren
Waren, Wertsachen
Schmuckstücken
Uhren usw.

finden Sie
zu fabelhaft niedrigen Preisen
im

Deutschen Leihhaus

K. Ritter
Hagen, Hohenzollerstr. 3a
Garteneingang.
Bitte genau auf die Firma zu achten!
Sonntag von 2—7 Uhr geöffnet.

Ein Freude bringendes Geschenk

für den Knaben ist der
STABIL Metallbaukasten
Grundkasten STABIL

Nr. 48	mit 95 Teilen u. 1 Sparbüchse	RM. 3,—
49	" 144 " " 1 "	4,80
50	" 200 " " 1 "	9,50
51	" 353 " " 1 "	17,—
52	" 508 " " 1 "	27,—
53	" 760 " " 1 "	42,—
53H	" 760 " " 1 "	50,—
54H	" 1172 " " 1 "	88,—
55H	" 2540 " " 1 "	145,—

Wilh. Bell jr., Halver.



Tretet her ihr meine Lieben,
Nehmet Abschied weint nicht mehr,
Hilfe konnt ich nicht mehr finden,
Meine Leiden war'n zu schwer.
Jetzt zieh ich jedoch von dannen,
Schließ die müden Augen zu,
Haltet innig treu zusammen,
Und gönnt mir die ewige Ruh.

Heute morgen entschlief nach
schwerer Krankheit plötzlich und
unerwartet meine innigstgeliebte
Gattin, unsere gute, unvergeß-
liche Mutter, meine liebe, gute
Großmutter, meine liebe Schwie-
germutter, unsere liebe Tochter,
Schwester, Schwägerin und Tante

Ehefrau

Joh. Klingelhöfer

Lina geb. Dörseln

im Alter von fast 46 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kiersperhagen,

den 19. Dezember 1931.

Die Beerdigung findet am Dienstag,
den 22. Dezember, nachm. 3.15 Uhr
vor Kiersperhagen aus statt.



ALSBERG

Sonntag von 2-7 Uhr geöffnet!

Treffpunkt
der
Weihnachts
Männer

Neu 303 Bln. S.W. 19 II

Herren-Artikel Oberhemd, weiß oder gemustert in guter Qualität . . . 3.00 Oberhemd, beste Popeline-Qualit. mit Kragen 4.50	Herren-Artikel Herren-Gamaschen viele Farben, versd. Ausführung . . Paar 2.00 Herren-Binder neue moderne Aus- musterung, beste reine Seidenqualität 1.95	Handschuhe Damen-Handschuhe Trikot, warm gefüllt 0.95 Herren- Handschuhe ganz gefüllt 1.25
Modewaren Moderne Blusen- kragen in Wolle, . 1.35 mit Crép de Chine . Jabot-Kragen Crép de Chine, mit Spitze 1.10	Wollwaren Kinder-Garnitur Schal u. Mütze, reine Wolle 0.95 Herren Schal Wolle, verschiedene Ausführungen von 0.95 an	Strümpfe Damen-Strümpfe reine Wolle, moderne Herbstfarben 1.45 Damen-Strümpfe Washseide plattiert sehr solide u. haltbar 1.65
Taschentücher Damen-Taschentücher weiß, mit Häkel- 0.10 Kante Herren-Taschentücher weiß, m. bunter Kante und Hohlraum . . . 0.28	Wäsche Damen-Hemd mit langem Arm, aus gutem Chiffon . . . 3.00 Damen-Nadthemd aus gutem Biber, mit mit Feston-Garnitur . 3.90	Schirme Schirme für Damen u. Herren unsere bekannt. Haus- marke . 9.75 7.75 5.90 Kinderschirme 12teilig, K'seide ge- müstert 3.90
Damen-Mäntel aus reinwollenen Stoffen mit großem Pelz- kragen . . . 29.00 19.75 Damen-Kleider reine Wolle, mit mo- derner Garnitur 18.00 9.75	Damen-Pullover In moderner Aus- führung . . 6.75 4.75 2.95 Herren-Pullover u. -Pollunder 1.95 6.75 3.95	Morgenröcke Morgenrock aus gutem Flausch, mit gestepl. Seid.-Revers 3.95 Morgenrock aus Trikot, mit apar- tem Revers 9.75
	Läuferstoffe Jacquardläufer 67 cm breit, la Qual. 4.50 3.90 Haargarnläufer 67 cm breit, in mod. Streifen 2.10 1.50	Teppiche Haargarn-Teppiche strapaz. Qual. 2 1/2 x 3 1/2 49.50 2 x 3 28.50 19.50 Tapestrie-Teppiche in mod. Pers.-Must. 2 1/2 x 3 1/2 36.50 2 x 3 24.50

Bekannte Fahrtvergütung von 20.00 Mk. an.

Gebrüder Alsbberg

LÜDENSCHIED

Die wirtschaftliche Notlage zwingt uns zu veröffentlichen, daß unsere Mitglieder leider nicht mehr in der Lage sind, neben den evtl. Vereinsbeiträgen zu den sonst üblichen Vereinsveranstaltungen, Verlosungen etc. weitere Mittel zur Verfügung stellen zu können.

Wir bitten ergebenst, falls eine Finanzierung derartiger Veranstaltungen mit eigenen Mitteln nicht durchgeführt werden können, von dieser Veröffentlichung Kenntnis zu nehmen.

Gewerbl. Mittelstandsvereinigung
für den Amtsbezirk Halver.

Der große Duden

Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter

bearbeitet von Dr. Theod. Matthias
vorhanden

Buchhandlung

Wilh. Bell jr., Halver.



ZEISS PUNKTAL

Der Weihnachtsmann

sollte auch einmal an Ihre Augen denken, u. Ihnen eine neue, gut angepaßte Brille bringen. Wieviel angenehmer, freier, werden Sie ins neue Jahr blicken.

Mein großes Lager in modern. Brillen u. Klemmern macht Ihnen d. Auswahl leicht.

Fachgemäße Beratung jederzeit unverbindlich bei

Optiker Hohage,

Lüdenschied, Wilhelmstraße 34.

In meiner Photo-Abteilung finden Sie eine große Auswahl in Kameras und Bedarfsartikeln. Schon jetzt 10% RABATT auf Marken-Artikel wie Photoapparate, Ferngläser, Zeiß-Punktalgläser usw.

Sämtliche Drucksachen f. d. Industrie

liefert schnellstens Wilh. Bell jr., Halver.

Es ist weit u. breit bekannt!
**Pelze, Hüte
Schirme
Pullover,
Strickkleider
Oberhemden
Selbstbinder
Handschuhe**
usw. in ausgesucht guter Qualität.
zu „Werbepreisen“
erhalten Sie bei
**Louis Wurm jr.,
Lüdenschied.**

Hausfrauen

von Schalksmühle u. Umg.

bitte ich, davon Kenntnis zu nehmen, daß ich anfangs Januar 1932 im elterlichen Hause, Wortstraße 14 eine

Bügelstube

mit moderner

Heißmangel

einrichte.

Elfriede Borlinghaus, Schalksmühle.

Fernruf 339.

Die neuen evangelischen
Gesangbücher
in verschiedenen Preislagen vorrätig
Buchhandlung Wilh. Bell jr., Halver

Joh. Chr. Herdepe Söhne,
Halver.

verkauft preiswert

**Touren-,
Langlauf- u.
Sprung
Skiers**

in Esche und Hickory

mit jeder gewünschten Bindung
(Hautfeld-, Sixt-, oder Z-Bindung
für Kinder und Erwachsene

von RM. 14.- an.

Stöcke

aus Haselnuß-, Tonkinrohr oder
Bambus. Wachs- u. Aufspannvorrichtg.

Vorhandene alte Bindungen tauschen
wir gegen neue, moderne, verstellbare
Sixt-Bindung. aus. Sachgem. Beratung.

Berein. Turn- u. Spiel-
Bereine Halver e. V.
Sonntag, d. 20. Dez.
Handball-
Meisterschaftsspiel
auf dem Gemeindefestplatz
T. B. Einsiedl 1. M.
B. T. S. B. Halver 1. M.
Anwurf: 11 Uhr.
Der Spielwart.

Baum- Kerzen

in guter Qualität
Paket v. 30 Pfg. an

**Baum-
schmuck**

in allen Preislagen

Halversche Med.-Drogen

Carl Menck

Für Weihnacht:

5 Pfd. Mehl Ia. 1.25

3 B. Backpulver 0.25

1 Pfd. Kräuter Printen 0.90

1 Pfd. Spekulatius 0.70

Kaffee in Festdose

2.50, 3.40, 3.60

Schnitt. Blockwurst 1.10

Hollschinken, Schinken, Speck

Alberis Torten und Kuchen

Alb. Vollmann

Kierste, Fernruf 514

**Kunst-
Blätter**

lose und gerahmt

Wilh. Bell jr.

Halver.

Husten Sie?

Viele bewährte Mittel

gegen Husten u. Heiserkeit

empfiehlt:

Drogerie

E. Bauckhoff

Kierste - Bahnhof

Auf 572 Meinerzhagen

**Akten-
Mappen**

aus Rindleder

schwarz und braun,

Tornister

Schüler-Etuis

Brieftaschen

Damen-Taschen

Einkaufs-Beutel

Scheintaschen etc.

empfiehlt preiswert

Wilh. Bell jr. Halver